**Aktualisierung der Beschlussvorlage Nr. 280/2019-2024
Behandlung des Widerspruchs der Hauptverwaltungsbeamtin**

Mit Posteingang vom 27.09.2021 hat die Verwaltung ein Schreiben des MI LSA zur Thematik der Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wolmirstedt GmbH zur Kenntnis erhalten. Darin ist Folgendes formuliert: „Im Fall einer Entsenderegelung im Gesellschaftsvertrag vertritt der Hauptverwaltungsbeamte nach § 131 Abs. 3 Satz 1 KVG LSA i. V. m. § 131 Abs. 1 KVG LSA die Kommune im Aufsichtsrat. Da der Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Wolmirstedt GmbH eine solche Entsenderegelung enthält, ist die Bürgermeisterin der Stadt Wolmirstedt per Gesetz mit entsandt und „geborenes“ Mitglied im Aufsichtsrat.“

Daher ist die Begründung des Widerspruchs vom 25.08.2021 nicht mehr in allen Punkten aktuell.

1. Da die Hauptverwaltungsbeamtin nunmehr als „geborenes Mitglied“ gilt, war diese Beschlussfassung nicht erforderlich. Sie ist auch formell nicht ordnungsgemäß, weil hier das Abstimmungsergebnis nicht das Merkmal Einigung erfüllt.
2. Auch die Abstimmung der weiteren Vertreter für den Aufsichtsrat ist nicht einstimmig erfolgt.
3. Aus vorgenannten Gründen ist die Abstimmung der gesamten Beschlussvorlage materiell und formell nicht ordnungsgemäß erfolgt. Zwar wird in der Begründung des Widerspruchs von einer anderen Rechtslage ausgegangen; da aber der gesamte Beschluss zur Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat nicht rechtmäßig erfolgte, muss der Widerspruch aufrechterhalten bleiben.

M. Cassuhn
Bürgermeisterin